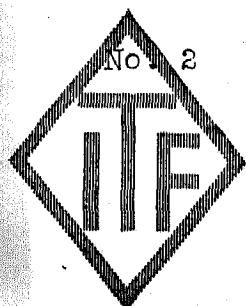




FASCHISMUS



Amsterdam, den 22. Januar 1936.

Österreich Anfang 1936. (ITF) Die österreichischen
===== Gewerbeinspektoren haben Ende
1935 endlich ihren Bericht über das Jahr 1934 veröffent-
licht. Die Verzögerung der Veröffentlichung ist be-
greiflich, denn die Gewerbeinspektoren machen die der
Diktatur peinliche Feststellung, dass nach der Zer-
schlagung der Gewerkschaften "viele Unternehmer von dem
Glauben befallen waren, dass durch den ständischen Neuaufbau eine
gewisse Lockerung der sozialpolitischen Gesetze Platz gegriffen hat.
Diese Irrmeinung trat auch öfter in einem deutlich merkbaren Wider-
stand der Unternehmer gegen die arbeiterschutztechnischen Vorschrei-
bungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zutage". "Trotz dem allgemeinen
Arbeitsmangel haben viele Betriebsinhaber zeitweise die gesetzliche
Arbeitszeit überschritten... Oft wurden nicht nur die gesetzlichen
Bestimmungen über die Arbeitszeit, sondern auch jene über die Nacht-
arbeit und die Sonntagsruhe übertreten". Die Unternehmer nutzten
die Errichtung der "christlichen Diktatur" nicht nur zur Erzwingung
von Sonntagsarbeit aus. Trotz des "bereits auf das äusserste gesun-
kenen Lohnniveaus" und der "häufig eingeführten Kurzarbeit" waren
"die Bestrebungen der Unternehmer nach einer weitgehenden Senkung
der Lohnsätze allgemeiner Natur". Die Unternehmer konnten sich nur
zu häufig durchsetzen. Die Gewerkschaften hatten die "christliche
Diktatur" zerschlagen und "Schlichtungsverhandlungen wegen Lohndiffe-
renzen waren verhältnismässig selten, weil die Arbeitnehmer in der
Furcht, ihre wenn auch noch so geringe Verdienstmöglichkeit gänzlich
zu verlieren, die Anzeige über ungerechtfertigte Lohnkürzungen unter-
liessen, ja oft sogar bei amtlichem Einschreiten aus dem selben Grund,
ihre Mitwirkung verweigerten".

Im Jahre 1935 ist die Lage der Arbeiter im Reich der christliche
Diktatur nicht besser gewesen. "Noch immer fehlt es an der Einhal-
tung der sozialpolitischen Gesetze seitens der Unternehmer" klagt das
Organ der faschistischen "Gewerkschaft der Arbeiter im Bekleidungs-

gewerbe" (Januar 1936). Und der Sozialminister musste öffentlich zugeben, dass seit der Zerschlagung der Gewerkschaften und dem Verbot der Arbeiterpresse die sozialpolitischen Gesetze nur auf dem Papier stehen. "Verschiedene sozialpolitische Gesetze, die in früherer Zeit dem Arbeiter unter dem Druck der Öffentlichkeit ausreichenden Schutz gewährt haben, sind heute nach Wegfall der Mittel des Klassenkampfes mangelhaft geworden" (Radiorede 29. Oktober 1935).

Die "christliche Diktatur" wetteifert mit der privaten Sozialreaktion. Sie "verurteilt" zwar formell untertarifliche Bezahlung, aber "bei öffentlichen Arbeiten, die in eigener Regie durchgeführt werden, werden Stundenlöhne unter den ortsüblichen Mindestlöhnen bezahlt" (Feststellung auf der Tagung der faschistischen Holzarbeiter-Organisation am 1. Dezember 1935). Der Sozialminister bestätigte, dass "die Art der Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge in vielen Fällen lohndrückend gewirkt hat" (am 5. Dezember 1935, in der Vorstandssitzung der faschistischen Einheitsgewerkschaft). Er versprach wieder einmal ein Eingreifen der "christlichen Diktatur" im Interesse der Arbeiterschaft. Doch niemand glaubt diesen Versprechungen mehr. Das "Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung" stellt (am 18. Januar 1936) nach nüchternen Schilderung der österreichischen Wirklichkeit fest: "Bei einer derart einseitigen Interessenvertretung hört natürlich der Glaube an die Ehrlichkeit und an das soziale Gewissen massgebender Kreise in Österreich auf".

Die Arbeiter setzen sich gegen die christliche Sozialreaktion nach Kräften zur Wehr. Unter Führung der illegalen freigewerkschaftlichen Betriebsorganisationen greifen sie zur passiven Resistenz: Die Unternehmer verlangen von der faschistischen "Gewerkschaft" Bändigung der Arbeiterschaft. Doch die Einheitsgewerkschaft ist ohnmächtig. Denn mit der gleichen Verbissenheit, mit der sich die Arbeiter gegen die Unternehmer wenden, wehren sie sich gegen die faschistische Scheingewerkschaft. Sie können zwar zum Beitritt ge-
presst werden, doch nicht zur aktiven Mitgliedschaft. Die Einheitsgewerkschaft klagt, dass "eine grosse Anzahl von Mitgliedern... dem Gewerkschaftsbund nur mehr auf dem Papier (!) angehören, da sie mehr als 12 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. "Es geht nicht an", erklärt die faschistische "Gewerkschaft der Arbeiter im Handel und Verkehr" (Januar 1936), "die Vorteile der Mitgliedschaft (beispielsweise bevorzugte Vormerkung beim Arbeitsvermittlungsamt) zu geniessen, andererseits aber jeder Verpflichtung bewusst aus dem Wege zu gehen". Aber trotz aller Beschwörungen sind "Mitglieder, welche bisher nur die Aufnahmegebühr und einen oder mehrere Beiträge geleistet haben", ausserordentlich häufig. Und es bleibt nicht beim Beitragsstreik; die Einheitsgewerkschaft klagt bitter über die "rege illegale Tätigkeit gegen unsere Arbeiterführer und gegen die Gewerkschaftsleitung". (Organ der faschistischen "Gewerkschaft der Arbeiter in der Lebens- und Genussmittelindustrie", Januar 1936).

Sie wird bald noch jammervoller klagen, denn die österreichischen Arbeiter kämpfen jetzt um Anerkennung ihrer illegal aufgebauten freigewerkschaftlichen Organisationen.

Boykottiert den "Weltkongress für Freizeitgestaltung". (ITF) Im in-
===== schluss an
die Olympischen Spiele in Los Angeles wurde im Jahre 1932 in den USA ein Kongress für Freizeitgestaltung veranstaltet. Es bildete sich ein internationaler Beratungsausschuss, dessen Präsident, der gleichzeitig Vorsitzender der amerikanischen Freizeitorganisation ist, einer freudigen Ankündigung der deutschen Nazipresse zufolge die deutsche Organisation "Kraft durch Freude" beauftragt hat, in Verbindung mit den Berliner Olympischen Spielen einen zweiten Weltkongress für Freizeitgestaltung zu organisieren.

Dr. Ley, der die deutschen freien Gewerkschaften vernichtet und ihr Gut geraubt hat, hat den Organisationswalter Rentmeister mit den Vorarbeiten zu dieser Veranstaltung betraut. Der Kongress soll im Zeichen von "Kraft durch Freude" stehen und sich das Schlagwort "Freude und Frieden" zu eigen machen. Die Räuber der Freizeit des deutschen Volkes wollen zeigen, wie dieses seine Freizeit gestaltet! Sie, die den Frieden bedrohen, und den Krieg als höchstes Ziel eines Volkes bezeichnen, wollen "mit dem Gedanken der Freizeitgestaltung zur Versöhnung der Völker beitragen"!

Der Internationale Gewerkschaftsbund lenkt in einem Rundschreiben die Aufmerksamkeit der Landeszentralen und der Arbeiterbildungsorganisationen auf dieses faschistische Propagandaunternehmen in der Form eines Weltkongresses für Freizeitgestaltung. Er fordert sie auf, dahin zu wirken, dass dieser Kongress, der nur der Verherrlichung der faschistischen Organisation "Kraft durch Freude" dienen soll, von den Volksbildungsorganisationen boykottiert wird.

Die Garde klagt. (ITF) Die schwarz uniformierte SS (Sturm-Staffel) ist die Elitetruppe der Nazi-Diktatur. Sie soll das "Feuer der Begeisterung" hegen und, wie der "Reichsführer SS" erklärte, durch den Einsatz ihrer Begeisterung das Dritte Reich "für 10 000 Jahre" sichern. Doch schon am 21. November 1935 brachte "Das schwarze Korps", das "Organ der Reichsführung SS" folgende bezeichnende Verse:

"Wir sind nicht marschiert,
dass ihr die Plätze nehmt,

.....
und uns von da ermahnt,
schön brav zu sein --

.....
nicht für eure kleinen Dinge,
eure Bäuche, euer Geld!"

Von den 10 000 Jahren sind erst drei vorüber...

"Keine Sozialisten..." (ITF) Die faschistische Diktatur hat in monatelanger Propaganda versucht, den Raubzug gegen Abessinien dadurch populär zu machen, dass sie den landhungrigen italienischen Landarbeitern und Bauern Siedlungsland in Afrika versprach. Die Propaganda versagte. Anfang Dezember hat (nach dem Bericht des "Osservatore Romano" vom 7. Dezember) ein Bauernkongress wieder Aufteilung des italienischen Grossgrundbesitzes gefordert. Die Faschisten aber schützen den Grossgrundbesitz vor dem Landproletariat. Edmondo Rossoni, der Leiter des italienischen Landwirtschaftsministeriums, hat sich -- in einem Interview, das die Londoner Wochenschrift "New Statesman and Nation" (am 4. Januar 1936) veröffentlichte -- offen auf die Seite des Grossgrundbesitzes gestellt.

Der Journalist fragte den "dritten Mann in Italien": "Warum versuchen Sie nicht, statt Abessinien zu erobern...., durch eine Agrarreform den Bevölkerungsüberschuss Italiens unterzubringen?" Rossoni, der Organisator der faschistischen Arbeiterorganisationen, hatte einst Mussolini zugestimmt, als er im faschistischen "Popolo d'Italia" erklärt hatte: "das Land ist für den da, der arbeitet" und "wir wollen die Enteignung des Bodens" (Popolo d'Italia, 11. April 1920, bzw. 3. August 1919). Jetzt aber antwortete er eindeutig: "Wir können doch den Grossgrundbesitzern das Land nicht fortnehmen". Der Raubzug gegen Abessinien sei in erster Linie eine Prestigeangelegenheit der faschistischen Diktatur. "Der Krieg hat vielleicht auch wirtschaftliche Gründe, aber in erster Linie moralische und politische". Der Journalist wandte ein: "Sie haben eine Diktatur, sie können Menschen in den Krieg schicken, vielleicht sogar in ihren Tod. Warum können Sie nicht den Gutsbesitzern unbebautes Land fortnehmen und es den Bauern geben?"

Rossoni antwortete: "Wir sind Faschisten, keine Sozialisten".
Damit war alles gesagt.

"Der Krieg der Armen". (ITF) "Unser Krieg", hat Mussolini erklärt, "ist der Krieg der Armen, der Enterbten, der Proletarier". Er ist es wirklich. Das faschistische Italien finanziert den Raubzug gegen Abessinien durch Belastung der Massen. Durch die inflationistische Finanzierung des Krieges und durch die Sanktionen steigen die Preise wichtiger Lebensmittel, gleichzeitig geht der Verdienst der Arbeitenden durch immer stärkere Kurzarbeit zurück. Selbst in manchen Zweigen der Rüstungsindustrie musste bereits aus Rohstoffmangel die Produktion beschränkt werden. Durch diese gleichzeitige Verringerung der Kaufkraft des Geldes und Schrumpfung der Verdienste werden die Arbeitenden stark belastet. Die faschistische Diktatur aber erhebt gleichzeitig neue Massensteuern in Form "freiwilliger" Abgaben. Vor allem Arbeiter und Angestellte in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen werden zu diesen freiwilligen Abgaben herangezogen. Die Eisenbahner z. B. mussten sich wieder "freiwillig" an der neuen Kriegsanleihe beteiligen, in zahlreichen Gemeindebetrieben wurde bis zu einem vollen Tageslohn "Goldspende" erhoben: die Arbeiter und Angestellten mussten auf einen Tageslohn verzichten, damit für diese Summe der Diktatur Gold zum Kauf von Rüstungsrohstoffen und Treibstoffen zur Verfügung gestellt werden konnte. Arbeitern, die nicht in der Lage waren, einen vollen Tageslohn auf einmal entbehren zu können, wurde ein Vorschuss gewährt, der unbarmherzig in Raten abgezogen wird.